

Protokoll

über die 26. Sitzung des Rates der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 17.12.2015, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener
Frau Rita Dietrich
Frau Kerstin Dorbandt
Herr Christian Fuchs
Frau Heidemargret Garling
Herr Michael C. Kissig
Herr Ulrich Kloevekorn
Herr Peter Kramer
Herr Jan Lüchau
Herr Michael Schernikau
Herr Stephan Schwartz

Fraktionsvorsitzender
1. stellv. Stadtpräsident
1. stellv. Bürgermeister

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan
Herr Joachim Funck
Frau Renate Palm
Frau Ingrid Paradies
Herr Andreas Schnieber

Fraktionsvorsitzender
Stadtpräsidentin

2. stellv. Bürgermeister

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer
Frau Aysen Ciker
Herr Thomas Grabau
Frau Gudrun Jungblut
Frau Petra Kärgel
Herr Olaf Wuttke

2. stellv. Stadtpräsidentin

stellvertr. Ausschussmitglied

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Lothar Barop
Herr Manfred Eichhorn
Frau Sophia Jacobs-Emeis
Herr Wolfgang Rüdiger

3. stellv. Bürgermeister

Fraktionsvorsitzende

FDP-Fraktion:

Herr Waldemar Herrmann
Frau Renate Koschorrek

Fraktionsvorsitzende

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy
Herr Johannes Schneider

Fraktionsvorsitzender

Seniorenbeirat:

Frau Dr. Sigrun Klug

Jugendbeirat:

Herr Lucas Harder
Frau Marieke Leidner

Vorsitzende

Umweltbeirat:

Herr Maximilian Bruch vom

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung
Herr Robert Bartels
Herr Nikita Becker
Herr Christian Dralle
Herr Klaus Lieberknecht
Frau Susanne Lustig
Herr Niels Schmidt
Herr Volkmar Scholz
Herr Burkhard Springer
Herr Ralf Waßmann
Frau Martina Weisser

Bürgermeister

Schriftführerin

Es fehlte entschuldigt:WSI:

Frau Birgit Neumann-Rystow

Um 19.00 Uhr begrüßt die Vorsitzende Frau Palm alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert sie Frau Paradies zu ihrem heutigen Geburtstag und überreicht im Namen des Rates einen Blumenstraß.

Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor. Frau Palm gibt bekannt, dass sie zum nichtöffentlichen TOP 13 sowohl den Jugend- als auch den Seniorenbeirat zulassen wird, da es sich um ein beiratsrelevantes Thema handelt. Jetzt beschließt der Rat zu den TOP 10, 12, 13 u. 14 einstimmig:

Beschluss

Die TOP 10, 12, 13 u. 14 werden nichtöffentlich behandelt.

Frau Palm beantragt nun, TOP 11 ebenfalls nichtöffentlich zu beraten. Hierüber beschließt der Rat mit 18:12:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen), also ohne erforderliche 1/3-Mehrheit, die einen Ausschluss der Öffentlichkeit ermöglicht hätte:

Beschluss

Der Antrag der Stadtpräsidentin wird abgelehnt. TOP 11 wird öffentlich beraten..

Damit wird die Tagesordnung heute in der nachstehenden Reihenfolge behandelt:

T A G E S O R D N U N G

- 1.) Einwohnerfragestunde
- 2.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 25.Sitzung vom 19.11.2015
- 3.) Schriftliche Anfragen
- 4.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern
- 5.) Bereitstellung überplanmäßiger Mittel;
hier: Restabwicklung JRG-Mensa
- 6.) Bebauungsplan Nr. 9b "Müllerkamp", 2.Änderung, Teilbereich Rudolf-Breitscheid-Straße
hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB
- 7.) Stellenplan der Stadt Wedel für das Haushaltsjahr 2016
- zentral verteilt -
- 8.) Haushaltssatzung 2016
- zentral verteilt -
- 9.) Mitteilungen und Anfragen
 - 9.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 9.2 Prüfplanung der Stabsstelle Prüfdienste für das Jahr 2016
 - 9.3 Mitteilungen
- 10.) Grundstücksangelegenheit im Bereich Bahnhofstraße

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit
- 11.) Protokollgenehmigung, hier: Nichtöffentliches Protokoll der 25. Sitzung vom 19.11.2015



- 12.) Begegnungsstätte des DRK-Ortsvereins Wedel e.V.
- 13.) Abschluss eines Vertrages zur Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Wedel mit dem Diakonieverein Migration e.V. und dem Caritasverband für Schleswig-Holstein e.V.
- 14.) Mitteilungen und Anfragen
 - 14.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 14.2 Mitteilungen
 - 14.3 Anfragen
 - 14.4 Vollständiger Beschlusstext zu TOP 10 - Verkauf Alte Stadtbücherei
- 15.) Unterrichtung der Öffentlichkeit



1.) Einwohnerfragestunde

Es werden von 3 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern Fragen gestellt.

Der erste Fragesteller Herr Uwe Reimer vom Bridge-Club Wedel verliest seine Frage, die dem Protokoll als Anlage beigelegt ist. Er möchte wissen, ob die Stadt Wedel bei der Suche nach geeigneten neuen Räumen für den Club behilflich sein kann. Herr Schmidt antwortet, dass ihm die geschilderte Situation nicht bekannt sei, er sich aber bezüglich der vom Fragesteller genannten eventuellen Möglichkeiten erkundigen werde.

Die nächste Fragestellerin Frau Imme Strüwen fragt, weshalb der Umbau im Haus Sonnenschein noch immer nicht abgeschlossen ist und ob es richtig sei, dass die Stadt für die Umbaumaßnahme gegenüber dem Investor als Bürge auftrete. Sie möchte außerdem wissen, ob es stimmt, dass das geplante Wohnheim für Flüchtlinge an der Feldstraße frühestens in 2017 errichtet sein wird.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Stadt für die Baumaßnahme Haus Sonnenschein kein Bürge ist und auch leider keinen Einfluss auf die Geschwindigkeit der Umbaumaßnahme hat. Der Baubeginn in der Feldstraße wird in 2016 sein und nicht in 2017.

Die letzte Fragestellerin ist Frau Karin Kost, die Vorsitzende der Wedeler Tafel. Sie erklärt, dass die Tafel mit dem Verkauf der alten Stadtbücherei keine Probleme habe, da mit Hilfe der Stadt geeignete und größere neue Räumlichkeiten bereits gefunden wurden. Sie führt aus, dass die Tafel sich zukünftig durch Spenden selber finanzieren kann, allerdings für den Umzug einmalig eine Unterstützung der Stadt benötigen wird. Sie bittet Ratsmitglieder und Verwaltung, die Tafel nicht im Regen stehen zu lassen.

Weitere Fragestellerinnen oder Fragesteller gibt es nicht.

2.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 25.Sitzung vom 19.11.2015

Der Rat beschließt bei 2 Enthaltungen und 28-Ja-Stimmen:

Beschluss

Der öffentliche Teil des Protokolls vom 19.11.15 wird genehmigt.

3.) Schriftliche Anfragen

Frau Kärigel für die Bd.90/Grüne-Fraktion verliest eine Anfrage zu Kita-Kosten und der Beteiligung des Kreises Pinneberg hierzu. Herr Schmidt verliest die Antwort der Verwaltung zu der Anfrage. Beides ist dem Protokoll als Anlage beigelegt. Herr Schmidt betont ausdrücklich, dass er als Bürgermeister der Stadt Wedel gar nicht entscheidungsbefugt war und nicht auf 11,2 % Landesmittelzuschuss verzichtet hat. Er empfiehlt Frau Kärigel, sich mit ihrer Frage an den zuständigen und entscheidungsbefugten Kreistag zu wenden.

Es folgt eine kurze Diskussion zu der Frage Frau Kärigels, in der Herr Kissig ihr vorwirft, dass es unredlich sei, so zu tun, als habe der Wedeler Bürgermeister bewusst auf Landeszuschüsse verzichtet. Auch Herr Kissig weist noch einmal darauf hin, dass es sich bei dieser Frage um eine Kreiszuständigkeit handelt.

Frau Jungblut fragt Herrn Schmidt, ob er denn in einer der Bürgermeisterkonferenzsitzungen das Wohl der Eltern aus Wedel im Auge hatte seine Stimme erhob, um gegen die Entscheidung des Kreises zu protestieren. Außerdem, so Frau Jungblut, hätte er als Wedeler Bürgermeister ja auch schon einmal intervenieren können, wenn denn seit 16 Jahren keine Veränderung an der Zuschussverteilung vorgenommen wurde.

Herr Schmidt konstatiert aufgrund der Fragen der Grüne-Fraktion, dass offenbar der Bürgermeisterwahlkampf eingesetzt hat. Zu den Fragen Frau Jungbluts erklärt er, dass diese in den Bürgermeisterkonferenzen kein Thema waren. Außerdem, so Herr Schmidt, ist es nicht Aufgabe der Verwaltungschefs zu solchen Fragen zu intervenieren, sondern Aufgabe der Kreistagspolitikerinnen und -politiker. Er bittet die Grüne-Fraktion, diese Diskussion im Kreistag weiter zu diskutieren.

4.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern

Es gibt keine Nachbesetzungen.

5.) Bereitstellung überplanmäßiger Mittel; hier: Restabwicklung JRG-Mensa Vorlage: BV/2015/121

Nachdem Herr Grabau als Vorsitzender des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses die Beschlussvorlage vorgetragen hat, beschließt der Rat einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt, für die finanzielle Restabwicklung des Bauvorhabens JRG-Mensa 74.200 € im Budget 2170-01704 überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Zur Deckung können Einsparungen bzw. Minderausgaben in folgenden Budgets herangezogen werden:

- Inventaranschaffungen Rathaus (Budget 1110-30704): 14.000 €
 - Beschaffung Mobile Klassen GHS (Budget 2182-01707): 16.000 € und
-

- Tilgung von Krediten (Budget 6120-01001): 44.200 €

- 6.) **Bebauungsplan Nr. 9b "Müllerkamp", 2.Änderung, Teilbereich Rudolf-Breitscheid-Straße**
hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB
Vorlage: BV/2015/128

Herr Schernikau als Vorsitzender des Planungsausschusses trägt die Beschlussvorlage vor.

Herr Eichhorn für die SPD-Fraktion erklärt, dass die SPD bei der Aufstellung oder Änderungen von B-Plänen eine Festlegung auf nehmen möchte, dass immer 30 % des jeweiligen Bauvorhabens im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus errichtet werden muss. Zu dem Bauvorhaben Rudolf-Breitscheid-Straße hat die SPD gehört, dass der Investor bereit sei, einen Teil in sozialen Wohnungsbau umzuwandeln. Wenn der Investor dieses schriftlich erklären würde, könnte die SPD zustimmen. Da eine solche Erklärung heute nicht vorliegt, beantragt er die Vertagung der Beschlussvorlage in den Januar.

Herr Dr. Murphy für die Linke-Fraktion erklärt, dass die Linken nicht zustimmen werden.

Herr Wuttke für die Grüne-Fraktion führt aus, dass der B-Plan einige Teile enthält, die die Grünen begrüßen. Der Wohnkomplex liegt sehr zentral, die Grünen können daher an dieser Stelle auch gut mit einer Aufstockung gut leben. Allerdings, so Herr Wuttke, kann er nachvollziehen, dass bei den Mietern alle Alarmglocken klingeln und zwar aufgrund dessen, was man inzwischen vom Eigentümer zu den Umbau- bzw. Erweiterungsplänen indirekt gehört hat. Laut Aussagen verschiedener Mieter gibt es unterschiedliche Aussagen zu neuen Mieten und Bestandsmieten, sowie zu nur sehr kurzfristigen Mietgarantien. Auch von der Zusammenlegung von Wohnungen war die Rede. Dadurch werden bisherige Mieter auf jeden Fall verdrängt. Die Politik hat trotz Nachfragens bisher keine Garantien des Eigentümers zu diesen offenen Fragen erhalten. Die Grünen wollen dem B-Plan aber keine Steine in den Weg legen und werden daher zwar nicht zustimmen, sich aber der Stimme enthalten.

Herr Schernikau führt unter Hinweis auf die Aussagen Herrn Eichhorns aus, dass es einen Mehrheitsbeschluss gibt, wonach ein 30 % tiger sozialer Wohnungsbau erst ab einer bestimmten Größe eines geplanten Baugebietes gefordert werden kann. Alle waren sich bisher einig, dass die erforderlichen Kriterien für die hier geplanten Maßnahmen nicht zutreffen.

Herr Eichhorn erwidert, dass man akzeptieren muss, dass die SPD manchmal auch später noch gute Ideen entwickelt. Wenn man außerdem die Bestandswohnungen und die neuen geplanten Wohnungen zusammen rechnet, erreicht man die Größenordnung, die für die Forderung, sozialen Wohnungsbau zu integrieren, erforderlich ist.



Herr Kissig erklärt für die CDU-Fraktion, dass diese dem Vertagungsantrag nicht zustimmen wird. Nach seinem Eindruck kommt es neuerdings öfters vor, dass die SPD-Fraktion Entscheidungen durch Vertagungsanträge verzögern möchte, wenn sie merkt, dass Mehrheiten für SPD-Ideen nicht zu erreichen sind.

Herr Funck für die WSI stimmt den Aussagen Herrn Wuttkes in weiten Teilen zu. Auch wenn der WSI bewusst ist, dass der Eigentümer hinsichtlich klarer Informationen nicht immer gut mit seinen Mietern umgegangen ist, wird die WSI schweren Herzens zustimmen.

Herr Barop verwehrt sich gegen die Behauptung Herrn Kissigs, die SPD würde eine Verzögerungstaktik anwenden. Es geht nicht um Verzögerungen, sondern um Rechte der Mieter. Es ist das gute Recht der Politik, im Rahmen des B-Plan-Verfahrens Bedingungen einzubauen.

Da keine Wortbeiträge mehr erfolgen, beschließt der Rat jetzt über den Antrag auf Vertagung mit 9:19:2 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Nun beschließt der Rat über die Beschlussvorlage mit 18:6:6 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Rat beschließt,

1. die während der Auslegung von der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB) und den Behörden (§ 4 (2) BauGB) abgegebenen Stellungnahmen entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung zu berücksichtigen, teilweise zu berücksichtigen oder nicht zu berücksichtigen,
2. den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 9b „Müllerkamp“, 2. Änderung, Teilbereich Rudolf-Breitscheid-Straße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den Textlichen Festsetzungen (Teil B) als Satzung,
3. die Begründung zu billigen.

- 7.) **Stellenplan der Stadt Wedel für das Haushaltsjahr 2016**
- zentral verteilt -
Vorlage: BV/2015/122

Herr Dr. Bakan als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses trägt die Beschlussvorlage vor.

Herr Schmidt teilt mit, dass der Seniorenbeirat ihm eine Unterschriftenliste mit über 1000 Unterschriften überreicht hat. Die Unterzeichner sprechen sich für den Wegfall des KW-Vermerks im Stellenplan aus.

Da der Stellenplan Bestandteil des Haushaltes ist, halten die Fraktionsvorsitzenden jetzt ihre jeweiligen Haushaltsreden in der Reihenfolge Herr Dr. Murphy für die Fraktion Die Linke, Herr Dr. Bakan für die WSI-Fraktion, Herr Kissig für die CDU-Fraktion, Frau Jacobs-Emeis für die SPD-Fraktion, Herr Herrmann für die FDP-Fraktion und zum Schluss Herr Wuttke für die Fraktion Bündnis90/Grüne. Bis auf die Rede Herrn Wuttkes sind alle Haushaltsreden dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Wuttke für die Bd.90/ Grüne-Fraktion stellt zunächst die positiven Entwicklungen in der Stadt heraus, die allerdings alle mit hohen Ausgaben verbunden waren bzw. sind. Insbesondere begrüßen die Grünen, dass neue Flüchtlingsunterkünfte von der Stadt selbst errichtet werden und die Ausstattung an den Schulen sowohl personell als auch materiell auf einem hohen Niveau liegen. Auch die Verkehrs- und Stadtentwicklung insbesondere im Bereich Wedel-Nord wird von den Grünen unterstützt, wobei die Mittelstreichung für die Nordumfahrung verkehrlich und haushalterisch sinnvoll ist. Zudem sei die Unterstützung der vielen Vereine und Verbände in Wedel hervorzuheben, so Herr Wuttke. Sein besonderer Dank geht in diesem Zusammenhang an das Ehrenamt, das in Wedel einen hohen Stellenwert hat.

Er bedankt sich außerdem beim Stadtkämmerer Herrn Scholz und seinen Mitarbeitern, die es trotz turbulenter Zeiten im Finanz- und Steuerbereich geschafft haben, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Wedel verfügt über tolle Ideen, so Herr Wuttke. Beispielhaft nennt er das Klimaschutzkonzept, den Lärmaktionsplan und den Radwegeplan. Er ermuntert die Verwaltung, zukünftig auch selbst mutiger an die Umsetzung von Projekten zu diesen Themen heranzugehen, statt nur auf Anträge aus der Politik zu warten.

Bezogen auf den Schuldenstand stellt Herr Wuttke fest, dass es auch an den Bürgerinnen und Bürgern und den Fraktionen liegt, dass ein größerer Schuldenabbau so gut wie gar nicht möglich ist. Die Fraktionen verteidigen mit wechselnden Mehrheiten ihre lieb gewonnenen, oft freiwilligen Leistungen der Stadt. Aber das sind andererseits auch gerade die Angebote, die Wedel so attraktiv machen. Daher werden die Grünen dem Haushalt zustimmen.

Mit Blick auf die ablehnende Haltung von CDU und FDP zum Haushalt wendet sich Herr Wuttke an diese: „Es ist ein Glück, dass nicht Darth Vader Herr Kissig der Hüter der städtischen Finanzen ist. Möge die Haushalts-Macht nicht mit Ihnen sein.“

An Herrn Schmidt gerichtet, stellt er fest, dass CDU und FDP dem von ihnen unterstützten, amtierenden Bürgermeister mit ihrem Nein zum Haushalt ein bitteres Geschenk machen: „Herr Schmidt, wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr!“.

Jetzt verliest Herr Rüdiger für die SPD-Fraktion den Antrag zum Stellenplan zur Stelle 1-504-01 des Stellenplans. Der dort eingefügte k.w.-Vermerk soll gestrichen werden. Antragstext und Begründung sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.

In der sich anschließenden Diskussion zum Antrag kündigt Herr Dr. Murphy die Zustimmung der Linke-Fraktion an. Die Linken vertreten die Auffassung, dass weder in Bezug auf alte oder junge Menschen noch für den Bereich der sozialen Betreuung

in irgendeiner Form Konkurrenzen oder auch nur der Eindruck von Konkurrenz entstehen darf. Das wäre Wasser auf die Mühlen der AFD.

Frau Koschorrek kritisiert, dass es keine Aussprache zu den gehaltenen Haushaltsreden der Fraktionen gibt. Nach ihrer Erinnerung hat bisher immer eine Aussprache zu den Haushaltsreden stattgefunden.

Zum Antrag der SPD-Fraktion führt sie aus, dass zwar richtig ist, dass für ½ Stelle ein k.w. - Vermerk angefügt ist. Dieses soll aber erst nach Weggang der jetzigen Stelleninhaberin erfolgen. Das ist aber erst in einigen Jahren der Fall. Außerdem soll dann zunächst ein Konzept von der Verwaltung vorgelegt werden, wie und was das Seniorenbüro mit ½ Stelle an Betreuung abdecken könnte. Wenn dann erkannt würde, dass die Aufgaben mit ½ Stelle nicht zu schaffen sein werden, kann die Politik den k.w.-Vermerk auch wieder zurücknehmen. Frau Koschorrek regt an, dass auch zu Protokoll genommen werden könnte, dass der Bürgermeister bei einer anstehenden Nachbesetzung keine eigenmächtige Nachbesetzung ohne vorherige Abstimmung mit der Politik vornehmen wird.

Herr Kissig für die CDU-Fraktion stellt fest, dass das meiste bereits von Frau Koschorrek gesagt wurde. Er erinnert außerdem auch noch einmal daran, dass die Stadt Wedel die einzige Stadt schleswig-holsteinweit ist, die sich eine solche Stelle überhaupt leistet. Es geht überhaupt nicht um die Abschaffung der Stelle, sondern um die Diskussion und Prüfung, ob zukünftig die Aufgabe mit 1 Vollzeitstelle oder einer ½ Stelle wahrgenommen werden kann. Es muss vor einer Nachbesetzung darüber diskutiert werden, nicht erst eine Nachbesetzung in Vollzeit umsetzen und dann in die Prüfung gehen.

Nach kurzer weiterer Aussprache beschließt der Rat über den SPD-Antrag mit 12:18:0 Stellen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Frau Koschorrek geht in ihrem folgenden Wortbeitrag auf die Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden ein. An Herrn Dr. Murphy gewandt, zeigt sie Unverständnis für den Ausdruck „Bildungsrendite“, den er in seiner Rede verwendet hatte. Im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport, so Frau Koschorrek, wurde dieser Ausdruck bisher nie benutzt, sie stellt daher die Frage an Dr. Murphy, weshalb er jetzt einen derartigen Ausdruck verwendet bzw. glaubt, dass die Wedeler Politik diesen Ausdruck gut fände.

Herr Dr. Murphy entgegnet, dass er diesen Ausdruck bereits mehrfach in Wortbeiträgen des Bürgermeisters vernommen hatte und daher nicht den Eindruck hat, dass der Ausdruck ein „Unwort“ sein könnte.

Herr Eichhorn geht auf den Wortbeitrag Herrn Kissigs ein, der beklagte, dass die Politik zu viel Geld ausgäbe. Für die Planungen einer Nordumfahrung allerdings würde die CDU sogleich 1 Mio Euro in die Hand nehmen kritisiert Herr Eichhorn. Darüber hinaus weist Herr Eichhorn für die SPD-Fraktion die Aussagen Herrn Kissigs, u.a. die SPD würde das Geld der Wedeler Bürgerinnen und Bürger, also der Steuerzahler, verprassen und mit deren Geld eigene Fehler machen, aufs schärfste zurück.

Zur Nordumfahrung macht Herr Eichhorn deutlich, dass eine Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan frühestens in 10, wenn nicht sogar erst in 15 Jahren zu

erwarten ist. Bis dahin haben sich die Verhältnisse geändert, so dass eine erneute Planung erforderlich sein wird. Die nach den Vorstellungen der CDU jetzt für 1 Mio Euro anzuschiebende Planungen haben in 10-15 Jahren keinen Wert mehr.

Es folgt eine weitere längere und kontroverse Debatte zum Thema Nordumfahrung insbesondere zwischen Herrn Kissig und Herrn Eichhorn. Schließlich stellt Herr Wuttke an die Stadtpräsidentin die Frage, weshalb hier und heute unter dem TOP Stellenplan und Haushalt derart lange über ein Thema diskutiert werden kann, zu dem nicht einmal Haushaltsmittel für 2016 im Haushaltsplanentwurf enthalten sind. Herr Kissig bezieht sich auf Artikel 5 des Grundgesetzes und betont, dass man sehr wohl auch über das Thema Nordumfahrung diskutieren darf, wenn auch diese für Wedel wichtigste Maßnahme im Haushalt 2016 nicht zu finden sein wird.

Frau Palm bricht eine weitere Diskussion zu diesem Punkt ab. Der Rat beschließt jetzt über den Stellenplan inkl. der Änderungen nach der vorgelegten Änderungsliste mit 18:11:1 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Rat beschließt den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 als Bestandteil des Haushaltsplans 2016.

8.) Haushaltssatzung 2016 - zentral verteilt - Vorlage: BV/2015/108

Herr Dr. Bakan trägt die Beschlussvorlage als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses vor. Die Aussprache zum Haushalt hat bereits unter dem TOP 7 stattgefunden.

Der Rat beschließt mit 17:13:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Rat beschließt die Haushaltssatzung 2016.

9.) Mitteilungen und Anfragen



9.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und PrüfaufträgenAnfrage aus der letzten Sitzung des Rates zum Bau von Flüchtlingsheimen in Außenbereichen

Herr Lieberknecht geht auf die Fragen aus der letzten Ratssitzung ein. Es wurde gefragt:

1. Gibt's gesetzliche Erleichterungen für den Bau in Außenbereichen?
2. Könnte dadurch ggf. auf dem Grundstück Badebucht eine Unterkunft errichtet werden?

Herr Lieberknecht antwortet zu Frage 1: Ja, es gibt gesetzliche Erleichterungen, bis zum Jahr 2019 mobile Unterkünfte in Außenbereichen zu errichten. Eine andere Nachnutzung ist aber danach nicht zulässig.

Zu Frage 2: Ja, auf dem Badebucht-Grundstück könnte gebaut werden.

Kosten Hafenumbau

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Kosten für die Baumaßnahmen des Hafenumbaus erfreulicherweise 200.000,--€ unter den veranschlagten Kosten liegen.

**9.2.) Prüfplanung der Stabsstelle Prüfdienste für das Jahr 2016
Vorlage: MV/2015/104**

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9.3.) MitteilungenAussagen auf der Internetseite des Bürgermeisters

Herr Eichhorn erinnert daran, dass er den Bürgermeister aufgefordert hatte, die Aussagen zu „schwarzen Schafen“ von seiner Internetseite herunterzunehmen, da er, Herr Eichhorn, sich dadurch beleidigt fühle.

Herr Schmidt hatte ihm sodann ein Gespräch angeboten. Bis heute allerdings, so Herr Eichhorn, habe er keinen Anruf von Herrn Schmidt erhalten. Daraufhin habe er, Herr Eichhorn, sich einen Anwalt genommen, was dazu führte, dass die Aussagen zu „schwarzen Schafen“ von der Seite des Bürgermeisters entfernt seien. Er verliest sodann einen Auszug aus dem Schreiben des Anwalts.

Herr Schmidt zweifelt an, dass dieses Thema in den Rat gehört. Interessant ist aber, so Herr Schmidt, dass Herr Eichhorn aus dem Schreiben seines Anwaltes, den er sich leider nehmen musste, zitiert und nicht aus Schreiben des eigenen Anwaltes. Dass er die Aussagen zu „schwarzen Schafen“ von seiner Seite entfernt habe, so Herr Schmidt, habe er ausschließlich um des lieben Friedens willen getan. Sein Gesprächsangebot gegenüber Herrn Eichhorn hält er weiterhin offen.

Hierauf entgegnet Herr Eichhorn, dass er erwartet, dass er vom Bürgermeister angerufen wird und nicht umgekehrt.

Anfrage von Herrn Rüdiger zu wedel.de

Herr Rüdiger verliest eine umfangreiche Anfrage zu den auf wedel.de eingestellten Artikeln von Herrn Frenzel und Möglichkeiten für Dritte, sich auf wedel.de einzubringen. Die Anfrage ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Schmidt antwortet, dass es wohl um den Artikel Herrn Frenzels als Reaktion auf einen in der Bildzeitung erschienenen Artikel gehe. In der Bildzeitung wurden trotz entsprechender Weitergabe von Informationen durch die Stadt Wedel inhaltlich unrichtige Tatsachen veröffentlicht. Herr Frenzel hat den entsprechenden Artikel, in dem Dinge richtig gestellt wurden, in seinem Auftrag und mit seiner Billigung veröffentlicht. Es handelt sich nicht um die private Meinung von Herrn Frenzel.

Die Beantwortung aller heute gestellten sagt Herr Schmidt für Januar 2016 zu.

10.) Grundstücksangelegenheit im Bereich Bahnhofstraße Vorlage: BV/2015/026

Herr Dr. Bakan trägt die Beschlussvorlage unter Weglassung datengeschützter Passagen vor. Herr Wuttke beantragt für die Bd.90/Grüne-Fraktion:

Antrag

Die Beschlussvorlage wird um folgenden Passus ergänzt:

„Mit den Käufern soll vertraglich vereinbart werden, dass diese sich verbindlich dazu verpflichten, das Bestandsgebäude („Alte Stadtbücherei“) entweder vollständig oder zumindest den unmittelbar an der Bahnhofstraße gelegenen Gebäudeteil zu erhalten. Letzteres kann auch dadurch erfüllt werden, dass im Falle eines Neu- oder Umbaus die ortsbildprägende giebelständige Westfassade erhalten bzw. wiederhergestellt wird.“

Herr Wuttke führt aus, dass die Grünen sich nicht vorstellen können, dass die potentiellen Käufer, die sich bereits für den Erhalt der Fassade bzw. sogar des Gebäudes ausgesprochen haben, plötzlich den verhandelten Kaufpreis drücken werden, nur, weil dass, was sie bereits zugesagt hatten, in den Vertrag aufgenommen würde.

Herr Kissig für die CDU-Fraktion erklärt, dass die CDU der Beschlussvorlage zustimmen wird. CDU und Grüne hatten sich seinerzeit aufgrund der schlechten Bausubstanz des Gebäudes für einen Verkauf ausgesprochen. Richtig ist, was Herr Wuttke betont hat. Nämlich, dass die Käufer bereits den Erhalt zugesagt hatten. Allerdings werden den Käufern mit einer Festschreibung im Vertrag Rechte genommen. Diese müssen dann eben teuer erkauft werden durch einen niedrigeren Kaufpreis.

Nach einer kurzen Diskussion und Erklärungen durch die Justitiarin zum Thema Öffentlichkeit und Nichtöffentlichkeit erklärt Herr Dr. Murphy für die Linke-Fraktion, dass die Linken einem Verkauf nicht zustimmen werden. Die „Alte Stadtbücherei“ ist eines der letzten ansprechenden Gebäude in der Bahnhofstraße und soll nach Auffassung der Linken für soziale und kulturelle Zwecke genutzt werden.

Herr Barop für die SPD-Fraktion ist erfreut, dass das Gebäude voraussichtlich weitestgehend erhalten bleibt. Die SPD wird einem Verkauf zustimmen, ebenso dem Antrag der Grüne-Fraktion. Positiv ist, dass die potentiellen Erwerber den Erhalt bzw. Teilerhalt ja schon zugesagt hatten.

Frau Koschorrek für die FDP-Fraktion führt aus, dass die FDP dem Erhalt bzw. der Wiederherstellung der „Alten Stadtbücherei“ gerne zustimmen würde, wenn es nicht ums Geld gehen würde. Aber es geht ums Geld. Sie stellt an die Verwaltung die Frage, wie wichtig denn ein heutiger Beschluss wäre.

Herr Schmidt antwortet, dass bereits sehr lange verhandelt und immer wieder ein Beschluss geschoben wurde. Bei einer erneuten Vertagung befürchtet er das Scheitern des gesamten Projekts. Wenn heute ein Beschluss mit ggf. weiteren Bedingungen erfolgt, mit denen die Erwerber nicht einverstanden wären, müsste er mit einer ggf. geänderten Beschlussvorlage ohnehin wieder in die Politik gehen.

Herr Funck für die WSI erklärt, dass die WSI sich der Meinung der CDU anschließt. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den Abriss der etwa gleich alten ehemaligen Turnhalle des TSV Wedel. Hier hatte sich besonders Herr Rohm von der SPD für einen Erhalt ausgesprochen, aber es gab auch damals keine entsprechenden Mehrheiten.

Frau Jacobs-Emeis appelliert, heute zu beschließen, schon deshalb, damit auch die Tafel weiter planen kann.

Herr Wuttke stellt nochmals die Frage in den Raum, weshalb es schwierig sein sollte, seinen Formulierungsvorschlag in den Vertrag aufzunehmen, zumal die Käufer eine entsprechende Zusage bereits mehrfach abgegeben haben. Mit dem Formulierungsvorschlag bliebe den Erwerbern außerdem auch noch die Möglichkeit eines Abrisses aus wirtschaftlichen Gründen.

Nach kurzer weiterer Diskussion beschließt der Rat über den Antrag der Grünen mit 12:16:2 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Jetzt beschließt der Rat über die Beschlussvorlage mit 27:3:0 Stimmen(ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel beschließt den Verkauf des ca. 991 m² großen städtischen Grundstücks in der Bahnhofstraße 27 („alte Stadtbücherei“) an ...oder eine von ihnen noch zu benennende Gesellschaft zu einem Verkaufspreis in Höhe vonAlle Kosten der Vertragsdurchführung gehen zu Lasten der Käufer.

(Hinweis der Verwaltung: Der vollständige Beschlusstext ist im nichtöffentlichen Teil des Protokolls nachzulesen).

Frau Palm schließt für die TOP 11-14 die Öffentlichkeit aus. Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.

15.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Frau Palm unterrichtet die Öffentlichkeit über die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse wie folgt:

Zu TOP 12:

Der Rat hat beschlossen, mit dem DRK-Ortsverein Wedel e.V. den Zuschussvertrag einschließlich Leistungsvereinbarung zum Betrieb der DRK-Begegnungsstätte abzuschließen.

Zu TOP 13

Der Rat hat beschlossen:

- 1.) Mit dem Diakonieverein Migration e.V. und dem Caritasverband für Schleswig-Holstein e.V. wird der Vertrag nebst Konzept vom 01.12.2015 zur Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Wedel geschlossen.
 - 2.) Die vertragliche Regelung mit dem Diakonieverein Migration e.V. und dem Caritasverband für Schleswig-Holstein e.V. umfasst auch eine Regelung, die eine Erstbetreuung der Asylsuchenden und Flüchtlinge inkl. Fahrdienst von der Ausländerbehörde bis zur Wohnunterkunft in Wedel beinhaltet mit Ausnahme der Leistungen, die seitens des Kreises Pinneberg organisiert und finanziert werden.
 - 3.) Haushaltsmäßig sollen für 2016Euro inkl. Fahrdienst eingestellt werden.
 - 4.) Die Gegenfinanzierung erfolgt gänzlich aus der Integrationspauschale des Landes.
-

Um 22.00 Uhr verabschiedet Frau Palm alle Anwesenden, wünscht eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins Jahr 2016 und schließt die Sitzung.

Stadtpräsidentin

Martina Weisser
Schriftführer/in

Datum der
Unterschrift

